Blickpunkt Brüssel

Der Newsletter der Bayerischen Vertretung bei der Europäischen Union

Ausgabe 03-11 | Dezember 2011

Die Themen in dieser Ausgabe:

» Ministerpräsident Seehofer eröffnet Bayerisches Oktoberfest in Brüssel
O'zapft is! auf dem Place Jourdan

» Europas Parteien im Wandel: Diagnose und Strategien
Parlamentarischer Abend in der Bayerischen Vertretung

» Auf dem Weg zu einer europäischen Strategie für den Alpenraum?
Abendveranstaltung zur Europäischen Alpenstrategie

» Quo Vadis, Zuckermarktordnung?
Diskussion zum Zuckermarkt in der Bayerischen Vertretung

Bayern in Europa

Emilia Müller
Bayerische Staatsministerin
für Bundes- und Europa-
angelegenheiten

Liebe Leserinnen und Leser,

Der Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 09.12. war ein großer persönlicher Erfolg für Bundeskanzlerin Merkel und starkes Ergebnis für Deutschland und Europa. Als Fiskalunion hat der Euro-Raum jetzt die Chance, zu einer echten Stabilitätsunion zu werden. Der klare Kurs der Kanzlerin, konsequent die strukturellen Probleme des Euroraums anzupacken, hat sich ausgezahlt. Die Schuldenkrise lässt sich nur zurückdrängen, wenn glaubwürdig Vertrauen aufgebaut wird. Dafür sind jetzt die Voraussetzungen geschaffen.

Insbesondere haben sich die Staats- und Regierungschefs verabredet, dass die Mitgliedsstaaten neue Fiskalregeln in ihren Verfassungen einführen. Die Haushalte der Mitgliedsstaaten müssen ausgeglichen sein, bei deutlichen Defiziten müssen die Mitgliedsstaaten Strukturreformen einleiten und darüber an Kommission und Rat berichten. Positiv ist auch, dass die Staats- und Regierungschefs den Plänen, den dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM mit einer Banklizenz auszustatten eine klare Absage erteilt haben: Die Notenpresse wird nicht angeworfen, es wird kein unbegrenztes Drucken von Geld und damit akute Inflationsgefahr geben. Das sind gute Nachrichten für alle Sparer in Deutschland.

Die Ziele der Staats- und Regierungschefs zur Bewältigung der Eurokrise werden ohnehin bereits flankiert von einer Reihe von Maßnahmen, welche die Kommission am 23. November zur Stärkung der wirtschafts- und haushaltspolitischen Koordinierung vorgelegt

(Fortsetzung auf S.2)

hat und die an das Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung (sog. „six pack“) anknüpfen, das vom Europäischen Parlament bereits beschlossen wurde. Alle diese Maßnahmen laufen auf eine stärkere Abstimmung der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten der Eurozone hinaus.

Ergänzt wird das Maßnahmenpaket der Kommission um ein Grünbuch zur Einführung von Eurobonds, denen wir in Bayern allerdings sehr kritisch gegenüber stehen. Wichtig ist uns, dass alle EU-Mitgliedstaaten hohe Haushaltsdefizite und Schuldenstände abbauen. Eine „Sozialisierung“ der Schulden in der Eurozone würde entsprechende Sparanreize verhindern.

Die Kommission hat außerdem ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2012 unter dem Titel „Europäische Erneuerung“ angenommen. Auch hier ist oberste Priorität ein Europa der Stabilität und Verantwortung sowie ein nachhaltiges Wachstum. Bayern wird die Arbeit der Kommission weiterhin kritisch und konstruktiv begleiten. Dabei hilft uns die Beliebtheit der „Marke Bayern“, die wir beim diesjährigen Bayerischen Oktoberfest in Brüssel wieder erleben konnten. Das Bayerische Oktoberfest ist zum Anziehungspunkt für viele Brüsseler Entscheidungsträger geworden und bietet daher einen hervorragenden Marktplatz für gedanklichen Austausch und Kontakte. Vor allem aber ist es ein wunderschönes Stück bayerischer Tradition und Lebensart.

Besonders enge Kontakte pflegt Bayern von alters her zu seinen südlichen Nachbarn. Gemeinsam mit zahlreichen Alpenregionen und insbesondere auch mit der Schweiz, die nicht Mitglied der EU ist, haben wir am 08. November zu einer Auftaktveranstaltung zur Schaffung einer gemeinsamen Strategie für den Alpenraum eingeladen. Unser Ziel ist es, für den sensiblen und einzigartigen Alpenraum eine makroregionale Strategie zu entwickeln, wie wir sie für den Donauraum und die Ostsee bereits haben. Dabei können wir auf bestehende Strukturen wie die Alpenkonvention und die Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer (Arge Alp) aufbauen. Die Auftaktveranstaltung im November fand regen Zuspruch und hat eine noch engere Zusammenarbeit der betroffenen Regionen auch in Brüssel angestoßen. Der nächste Schritt wird eine gemeinsame Konferenz der Alpenregionen am 13. Januar 2012 in Grenoble sein.

Die Bayerische Ministerin für Bundes- und Europa-Angelegenheiten Emilia Müller im Kreise der Teilnehmer der Abendveranstaltung „Alpenstrategie“, u.a. mit Dr. Luis Durnwalder (Landeshauptmann der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol, 2.v.l.) und Günther Platter (Landeshauptmann von Tirol, 3.v.r.).

Lesen Sie den Artikel zur Abendveranstaltung auf Seite 6!

Wichtig ist mir, dass wir bei der Gestaltung der Europapolitik einen engen Kontakt zum Bayerischen Landtag pflegen. Am 21. und 22. November waren der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtages in der Bayerischen Vertretung in Brüssel zu Gast. Die Abgeordneten führten zahlreiche Gespräche u.a. mit bayerischen EP-Abgeordneten und hochrangigen Vertretern der Kommission sowie dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Botschafter Tempel. Ich halte diesen Austausch für sehr wichtig und freue mich, dass eine wachsende Zahl bayerischer Volksvertreter auch aus Städten und Gemeinden zu solchen Treffen zu uns in die Bayerische Vertretung nach Brüssel kommen. Wir werden diese Gesprächsrunden auch im kommenden Jahr fortsetzen und freuen uns auf einen regen Austausch.

Ihre

Emilia Müller

Weitere detaillierte Informationen über aktuelle politische Schwerpunkte in Europa finden Sie online im aktuellen Europabericht unter

» http://www.bayern.de

Eröffnungsrede des Ministerpräsidenten

oben: Europaministerin Emilia Müller mit Randolf Rodenstock (vbw), Dr. Michael Möller (Hofbräu) und Ministerpräsident Seehofer (v.l.n.r.).

rechts: Die Ministerin eröffnet das Brüsseler Oktoberfest 2011 mit „3 ehrlichen Schlägen“

„Ein Prosit der Gemütlichkeit“: Nicht nur die Bayerischen Gebirgsschützen fühlten sich wohl!

Festwirte Conny und Thomas Bösl begeisterten mit bayerischen Klassikern wie „Ochs vom Spieß“

» O‘zapft is! « auf dem Place Jourdan:

Ministerpräsident Seehofer eröffnet das Bayerische Oktoberfest in Brüssel

Schon seit mehr als 20 Jahren veranstaltet die Bayerische Vertretung ein „Brüsseler Oktoberfest“, zu dem sich heuer am Abend des 11. Oktober 2011 mehr als 1800 geladene Gäste im traditionell blau-weiß geschmückten Festzelt mitten im Europa-Viertel eingefunden hatten.

Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hieß sie persönlich willkommen und eröffnete: „Ich liebe meine Heimat Bayern“. Seehofer sagte, als eins der wichtigsten Exportgüter des Freistaats stehe das Oktoberfest sinnbildlich für die bayerische Lebensart „Leben und leben lassen“, und tatsächlich waren die Feierlichkeiten ein hervorragendes Beispiel für die europäische Integration: Bei original Münchner Bier und herzhaftem Ochs vom Spieß feierten der Ministerpräsident, seine Gattin und einige weitere Kabinettsmitglieder mit wichtigen Vertretern aus den EU-Institutionen bis in die späten Abendstunden: Wirtschaftsminister Martin Zeil, Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle, Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch, Europaministerin Emilia Müller und Staatssekretärin Katja Hessel saßen mit den EU-Kommissaren Viviane Reding, László Andor, Kristalina Georgieva, Janusz Lewandowski und Günther Oettinger, mit weiteren Entscheidungsträgern aus der Kommission, sowie mit zahlreichen Abgeordneten des

Das bayerische Bier schmeckt Viviane Reding (Vizepräsidentin der Europäischen Kommission)...

...ebenso wie dem EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger...

...und Janusz Lewandowski (Finanzplanung und Haushalt, rechts im Bild) mit seinem Kabinett.

Europäischen Parlaments und mit Repräsentanten aus den Mitgliedsstaaten und Regionen zusammen. Ministerpräsident Seehofer dankte auch den Sponsoren, die die Veranstaltung so tatkräftig unterstützt hatten, und wünschte allen Anwesenden abschließend ein „zünftiges Oktoberfest in Brüssel!“.

Ohne Frage stellt das „Brüsseler Oktoberfest“ der Bayerischen Vertretung einen der herbstlichen Höhepunkte in der Europa-Hauptstadt dar. In den vergangenen Jahren hat sich das fröhliche Fest auf dem Place Jourdan zum Aushängeschild der Vertretungsarbeit entwickelt: Wie die vorherigen Male waren die Einladungen zu der 2011 bereits zum zwölften Mal stattfindenden Veranstaltung heiß begehrt und das Festzelt schon am frühen Abend gut gefüllt. Nach einem im Voraus stattfindenden Sponsorenempfang in der Bayerischen Vertretung zog der Ministerpräsident gemeinsam mit den geladenen Ehrengästen in einem eindrucksvollen Festzug - flankiert von den Bayerischen Gebirgsschützen und der Dürnsteiner Trachtenkapelle - durch den „Parc Léopold“ bis zum Festzelt auf dem „Place Jourdan“. Nach den einleitenden Grußworten des Ministerpräsidenten und einer kurzen Rede von Prof. Randolf Rodenstock, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, eröffnete Europaministerin Emilia Müller das Oktoberfest offiziell durch den feierlichen Anstich eines Fasses Oktoberfestbiers - „mit drei ehrlichen Schlägen“, wie Ministerpräsident Seehofer anerkennend feststellte.

Im weiteren Verlauf des Abends wurden die Gäste durch traditionelle bayerische Bierzelt-Musik der Dürnberger Trachtenkapelle unterhalten und - zusätzlich zu dem bereits erwähnten echt Münchner Bier - auch mit original bayerischen Schmankerln der Festwirte Conny und Thomas Bösl verköstigt.

Nach der offiziellen Eröffnung am Dienstagabend stand das Festzelt auf dem Place Jourdan eine volle Woche lang allen Besuchern offen und konnte sich großer Beliebtheit beim Brüsseler Publikum erfreuen.

Weitere Informationen und Fotos zur Eröffnung des Oktoberfestes 2011 finden Sie online unter
» http://www.bayern.de

Fotos © F. Kindermann und P. Veldeman

Bertram Brossardt (vbw), Europaabgeordneter Markus Ferber, Ministerin Emilia Müller und Randolf Rodenstock (Präsident vbw) auf dem Sponsorenempfang im Innenhof der Bayerischen Vertretung (v.l.n.r.)

Im festlich blau-weiss geschmückten Festzelt wurde sowohl gemütlich gesessen...

...als auch bis in die späten Abendstunden bei bayerischer Bierzeltmusik getanzt.

Staatsminister Martin Zeil empfängt EU-Handelskommissar Karl de Gucht in der Bayerischen Vertretung

Eröffnungsrede und Einführung in die Thematik: Staatsminister Martin Zeil

„Kursbestimmung" in der Podiumsdiskussion

Staatsminister Martin Zeil im persönlichen Austausch mit EU-Handelskommissar Karl de Gucht

Fotos © Thierry Monasse

Marken- und Produktpiraterie in Europa:

Geistiges Eigentum gekapert - welchen Kurs gegen Marken- und Produktpiraten?

Der Handel mit gefälschten Produkten floriert, und immer häufiger tauchen Fälle von Marken- und Patentrechtsverletzungen auf - sehr zum Leidwesen der westlichen und damit auch der europäischen Marken und (Hoch-)Technologieunternehmen: Sie trifft der jährliche weltwirtschaftliche Schaden von geschätzt bis zu 370 Milliarden Euro mit am härtesten. In diesem Zusammenhang haben die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der Markenverband am 07. September 2011 unter dem Titel „Geistiges Eigentum gekapert - welchen Kurs gegen Marken- und Produktpiraten?" zu einer Veranstaltung in die Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU eingeladen. Dem hochkarätig besetzten Sprecherkreis gehörten dabei unter anderem der stellvertretende Bayerische Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Martin Zeil, EU-Handelskommissar Karel De Gucht sowie der Präsident des Markenverbandes Franz-Peter Falke an.

In seiner Eröffnungsrede ging Staatsminister Zeil besonders auf die zentrale Bedeutung der Patente ein: Mittelständische Unternehmen müssten für die Problematik sensibilisiert werden, um sie erfolgreich schützen zu können. Gleichermaßen seien aber auch Reformen auf europäischer Ebene notwendig: Zeil sprach sich deutlich für die Einführung eines EU-Patents und für die Schaffung eines entsprechenden Patentrechtsystems aus. Durch Koordination auf europäischer Ebene könnten die Zuständigkeiten der Generaldirektionen gebündelt, Konfliktfälle umgangen und Synergien genutzt werden. Mit Blick in die Zukunft nannte er außerdem das ACTA-Abkommen (Anti-Conterfeiting Trade Agreement) als wichtiges Ziel und forderte einen möglichst schnellen Abschluss des Kontrakts.

Aus wirtschaftlicher Sicht betrachtete der Präsident des Markenverbandes Falke den Sachverhalt: Markenschutz sei von äußerst wichtiger Bedeutung, da eine Marke bis zu zwei Drittel des gesamten Wertes eines Unternehmens ausmachen könne. Neben den Unternehmern selbst profitierten aber auch die Verbraucher von einem starken Markenschutz, der die Verbreitung von minderwertigen gefälschten Produkten dezimiere und so für bessere Produktsicherheit sorge. Als Schlussfolgerung daraus forderte Falke eine Verschärfung des Strafrechts für Produktpiraterie. Wie sein Vorredner befürwortete auch er die europaweite Koordination des Schutzes von geistigem Eigentum und die rasche Umsetzung des ACTA-Abkommens.

Eine dritte Perspektive konnte EU-Handelskommissar Karel De Gucht eröffnen, indem er den Schutz vor Produktpiraterie als Notwendigkeit für die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen herausstellte: Der Güterhandel leiste einen so wichtigen Teil zur Bewältigung der Finanzkrise, dass der Schutz von geistigem Eigentum auch in diesem Zusammenhang große Bedeutung besäße. Besonderes Augenmerk schenkte De Gucht dabei dem Verkauf von Plagiaten aus Schwellen- und Entwicklungsländern und ihrem Vertrieb über eCommerce-Plattformen im Internet. Die EU sei bemüht, so De Gucht, den Schutz geistigen Eigentums durch bi- und multilaterale, legislative und nicht-legislative Mittel auch im internationalen Bereich voranzutreiben – neben dem bald bevorstehenden Beschluss eines EU-Patents sei auch das schon zuvor erwähnte ACTA-Abkommen ein gutes Beispiel für den Erfolg der Bemühungen.

Das ACTA-Abkommen war auch in der anschließenden Podiumsdiskussion und im anschließenden persönlichen Gedankenaustausch ein zentraler Gesprächspunkt.

Weitere Informationen zu ACTA auf den Seiten der EU-Kommission:

» http://ec.europa.eu/trade/

Staatsministerin Emilia Müller wirbt im Dialog mit den Diskussionsteilnehmern für eine Europäische Alpenraumstrategie.

(Oben v.l.n.r.:) MdEP Dr. Dorfmann, Soulage, Giraud, Landeshauptmann Dr. Durnwalder, Moderatorin Primosch, Landeshauptmann Platter, Staatssekretär Alli und Kabinettschef Gambs

Schon im Vorfeld der Abendveranstaltung war die Bayerische Vertretung Gastgeber für ein Arbeitstreffen, das dem gegenseitigen Austausch über den aktuellen Sachstand in den Regionen, der Verständigung auf einen gemeinsamen Fahrplan und der Erarbeitung eines Eckpunkte- bzw. Strategie-Papiers diente.

Fotos © Eric Berghen

Abendveranstaltung zur Europäischen Alpenstrategie:

» Auf dem Weg zu einer europäischen Strategie für den Alpenraum? «

Bereits am 10. Juni 2009 bzw. am 08. Dezember 2010 hat die Europäische Kommission die „Ostsee-" und die „Donau-Strategie" verabschiedet, um Infrastruktur, Umweltschutz, Wirtschaft und politische Zusammenarbeit in beiden Makro-Regionen grenzübergreifend gezielt zu fördern. Nach dem Vorbild dieser beiden Maßnahmen bemühen sich die Regionen des Alpengebiets derzeit um die Schaffung einer dritten Strategie für die „Makro-Region Alpenraum".

Zur Präsentation dieser Initiative hat die Bayerische Europaministerin Emilia Müller zusammen mit Willi Haag, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) und Mitglied der Regierung des Kantons St. Gallen, am 08. November 2011 in die Bayerische Vertretung in Brüssel eingeladen. Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren als Vertreter aus Alpenregionen Luis Durnwalder, Landeshauptmann der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol, Günther Platter, Landeshauptmann von Tirol, Joël Giraud, Vizepräsident der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur, Bernard Soulage, Vizepräsident der Region Rhône-Alpes, Paolo Alli, Staatssekretär der Region Lombardei, der aus Südtirol stammende Europaabgeordnete Herbert Dorfmann und Hubert Gambs, Kabinettchef von Regionalkommissar Johannes Hahn, als Vertreter der EU-Institutionen. Cornelia Primosch vom ORF-Studio Brüssel moderierte die Debatte.

Die Alpen-Anrainerstaaten bilden heute eine Gemeinschaft, die sich nicht nur durch ihre geographischen Grenzen definiert, sondern die sich auch durch viele Gemeinsamkeiten in Geologie, Klima, Flora und Fauna auszeichnet. – Nicht zuletzt sind die einzelnen Regionen heute auch kulturell und wirtschaftlich stark miteinander verflochten. So waren sich alle Podiumsteilnehmer darüber einig, dass zukünftige Herausforderungen wie Klimawandel, Probleme mit der Berglandwirtschaft und steigendes Verkehrsaufkommen grenzüberschreitend in Angriff genommen werden müssen: Anstatt im kräftezehrenden Alleingang sollen diese Probleme im Rahmen der angestrebten Alpenstrategie gemeinsam gemeistert werden.

Landeshauptmann Luis Durnwalder stellte heraus, dass der politische Wille für das Projekt bereits vorhanden sei und die Initiative dazu von den beteiligten Regionen selbst ausginge. Diese geplante Zusammenarbeit wurde durch den Vertreter der Europäischen Kommission, Hubert Gambus, ausdrücklich gelobt: Er betonte, dass die Kommission nicht ausschließe, zukünftig Zuschüsse für die Umsetzung der Strategie bereitzustellen. Derzeit müsse jedoch geprüft werden, ob sich die bereits vorhandenen Mittel in den einzelnen Regionen besser verteilen ließen. In diesem Punkt pflichtete ihm auch der Tiroler Europaabgeordnete Herbert Dorfmann bei.

Staatsministerin Emilia Müller zog am Ende der Diskussionsrunde ein optimistisches Fazit aus der Zusammenkunft: Im nächsten Schritt sollen mögliche konkrete Inhaltspunkte der Alpenstrategie im Detail diskutiert werden, um bis Sommer 2012 eine Abstimmung zwischen allen Regierungen der Alpenraumregionen zu ermöglichen und das Anliegen somit auf nationale Ebene heben zu können. Die Staatsministerin betonte abschließend ihren Wunsch, das derzeitige Fragezeichen hinter dem Motto des Abends zukünftig durch ein deutliches Ausrufezeichen zu ersetzen.

Fotos und weitere Informationen zur Veranstaltung online unter

» http://www.bayern.de

Diskussion zum Zuckermarkt in der Bayerischen Vertretung

Quo Vadis, Zuckermarktordnung?

Schon seit 1968 wird der EU-Import und –Export von Zucker und Zucker-Erzeugnissen durch die Europäische Zuckermarktordnung in einem Quotensystem geregelt, um heimische Produzenten zu schützen und zu unterstützen – und damit Arbeitsplätze zu sichern. Die aktuelle Situation seit der letzten Reform (2006-2015), aber auch die Zukunftsperspektiven über deren Gültigkeit hinaus waren deshalb Thema einer Abendveranstaltung, zu der der Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie (BDSI) zusammen mit der Bayerischen Vertretung am 21.09.2011 einlud.

In einer kontroversen Diskussion wurden Vor- und Nachteile der Quotenregelung für alle an der Zuckerproduktions- und –wertschöpfungskette beteiligten Partner erörtert: Dr. Dietmar Kendziur, Vorsitzender des BDSI, berichtete von den aktuell sehr hohen Zuckerpreisen und sah die Ursache dafür in der bestehenden Marktordnung. Bestätigt wurde diese Aussage durch Ansgar Bornemann (Nestlé Schöller GmbH Nürnberg), der von aktuellen Engpässen und Verteuerungen bei der Zuckerversorgung berichtete und die von der Kommission in 2011 getroffenen Maßnahmen als nicht ausreichend bezeichnete.

Dr. Fred Zeller vom Verband der Süddeutschen Zuckerrübenanbauer hingegen kritisierte die Begünstigung der Zuckerverwender durch die Preissenkungen im Zuge der Reform von 2006 – der dadurch verursachte Rückgang der Rübenproduktion in der EU müsse gestoppt und die Rübenbauern mit einem fairen Anteil an den Erlösen der Wertschöpfungskette beteiligt werden. Auch Dr. Zeller zeigte sich unzufrieden mit dem aktuellen Sand: Seit 2006 hätten 130.000 Landwirte den Rübenanbau eingestellt, gleichzeitig wurden die Zuckerverwender durch die Preissenkungen jährlich in Höhe von 3,3 Mrd. Euro entlastet.

MdEP Albert Deß (EVP/DEU) verwies auf die Entschließung des Europaparlament vom 23.06.2011 (s. EB 13/11), in der eine Fortsetzung der aktuellen Zuckermarktordnung bis 2020 gefordert wird. Staatsminister Brunner unterstütze die Verlängerung der bestehenden Zuckermarktordnung über 2015 hinaus, und auch die Afrika-Karibik-Pazifik (AKP) Staatengruppe, die im Rahmen der gegenwärtigen Zuckermarktordnung Einfuhrsonderrechte genießt, hatte sich bereits am 20.09.2011 für die Beibehaltung der bestehenden Zuckermarktordnung der EU ausgesprochen. Im Gegensatz dazu wies Prof. Dr. Klaus-Dieter Borchardt die Forderung nach einer Quotenanhebung bis 2015 ab und machte für die Kommission deutlich, dass ein Ausstieg aus dem Quotensystem anstrebt werde.

Im weiteren Verlauf der Diskussion unterhielten sich die Anwesenden weiter über das Für und Wider der Quotenregelung. Besondere Beachtung fanden dabei der hohe Weltmarktpreis, bereits existierende Regulierungsmechanismen und mögliche Folgen einer Aufhebung der jetzigen Quotenregelung, z.B. Preisverfall oder das Wegsterben kleinerer Anbaubetriebe.

Ein wirklicher Konsens ließ sich unter allen Beteiligten nicht finden, sie waren sich jedoch darin einig, dass jedwedes Vorgehen behutsam und unter einem langfristigen Blickwinkel stattfinden müsse: Dr. Stefan Nolte, Agrarökonom an der Universität Gent bemerkte, dass sich die Stabilität des Markts nicht durch die Quotenabschaffung sicherstellen lasse. Deshalb sei es wichtig, so Borchardt, nicht allein auf die Politik zu vertrauen, sondern an den Beziehungen zueinander zu arbeiten. Laut Dr. Weber führe eine zu schnelle Veränderung von Strukturen zu Arbeitslosigkeit und damit zu Kosten für die Allgemeinheit. Dies habe für Bayern auch die „Zukunftskommission Landwirtschaft“ bestätigt.

Die Zukunft der Zuckermarktordnung im Blick (v.r.n.l.): Klaus Reingen (BDSI), Dr. Stefan Nolte (Universität Gent), Ansgar Bornemann (Nestlé Schöller), Dr. Dieter Kendziur (BDSI), Europa-Abgeordneter Albert Deß, Dr. Anglika Schlunck (Bayerische Vertretung Brüssel), Dr. Theodor Weber (StMELF), Prof. Dr. Klaus-Dieter Borchardt (Europäische Kommission), Dr. Fred Zeller (VSZ).

Foto © Felix Kindermann

Parlamentarischer Abend in der Bayerischen Vertretung

Europas Parteien im Wandel: Diagnose und Strategien

Schwindende Mitgliederzahlen und eine immer schwächere Wählerbindung stellen die traditionellen Volksparteien in vielen EU-Mitgliedsstaaten vor große Herausforderungen: Zur Konsensfindung und Kooperation gezwungen, müssen sie eine Abschwächung ihrer Parteiprofile in Kauf nehmen und verlieren damit Vertrauen und Akzeptanz bei ihrer Wählerschaft. Kleine, häufig populistisch oder sogar radikal ausgerichtete „Lebensstil-Parteien" profitieren, indem sie die Enttäuschung der Gesellschaft erfolgreich für sich nutzen. Die Folge ist eine Zersplitterung der politischen Landschaft und nicht selten eine geschwächte Problemlösungskompetenz der Regierungen.

Zur Diagnose der aktuellen Situation und zur Diskussion adäquater Zukunftsmodelle hat die Bayerische Vertretung in Zusammenarbeit mit der Hanns Seidel Stiftung (HSS) und dem Zentrum für Europäische Studien (CES) am 20. September 2011 zu einer Abendveranstaltung geladen. Sprecher waren Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter (Direktor der Akademie für Politische Bildung) und Manfred Weber (MdEP), an der Podiumsdiskussion nahmen unter Moderation von Dr. Florian Hartleb zudem Pascale Joannin (Generaldirektorin der Stiftung Robert Schuman) und Eva Ohrablova (Wahlkampfmanagerin der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union SDKU-DS) teil.

Ins Zentrum seiner Rede stellte Prof. Oberreuther den Wandel der politischen Landschaft Europas hin zur „Stimmungsdemokratie", verursacht und verstärkt durch Internet und Medien: Laut Oberreuther seien die großen Volksparteien Opfer ihrer eigenen Modernisierungspolitik, die ein gemäßigt pluralistisches Parteiensystem gefördert und kleine, nichtkonventionelle Parteien begünstigt habe. Das Bild der großen traditionellen Parteiblöcke, die viele soziale Gruppen und ökonomische Interessen auf sich vereinigt hätten, gehöre damit der Vergangenheit an - ein Mitgliederrückgang von 46% (SPD) bzw. 36% (CDU) bestätige diese Diagnose. Folglich mahnte Oberreuther die großen Parteien, mehr Problembewusstsein zu entwickeln: Sie besäßen kaum noch junge Mitglieder und nur noch einen sehr geringen Anteil von Kernwählern. Eine Umstrukturierung auf individualisierte, nachfrageorientierte und spezifische Angebote sei ein angebrachtes Mittel, um sich ähnlich einem Wirtschaftsunternehmen zu diversifizieren und damit eine große Zahl von Personen anzusprechen.

Obwohl Weber den analytischen Ausführungen seines Vorredners zustimmte, zog er einen gegensätzlichen Schluss aus der derzeitigen Situation: Die Parteien dürften sich nicht noch mehr an den zersplitterten Wählerschaften orientieren, sondern ganz im Gegenteil das eigene Profil schärfen, konkretere Ziele formulieren und die eigenen Prinzipien authentischer vertreten. Nur durch überzeugtes und glaubwürdiges Auftreten könnten die Parteien verlorene Akzeptanz zurückgewinnen, eine Ausrichtung entgegen der populistischen Strömungen finden und sich dabei stärker in Richtung Europa orientieren.

Pascale Joannin ging in ihren Ausführungen näher auf die geringe Zahl von Frauen in der Politik ein und führte geringe Wahlbeteiligungen auch darauf zurück: Eine höhere Quote könne unter Umständen zu höherer Akzeptanz in der Gesellschaft führen. Eva Ohrablova gab zudem einen kurzen Überblick über die politische Landschaft in Mittelosteuropa und ging dabei besonders auf die Gefahr des Populismus ein.

Auch in der Podiumsdiskussion fand dieser Aspekt Anklang, und die Teilnehmer bestätigten übereinstimmend, dass sich die schon heute in der Gesellschaft existenten Vorbehalte gegenüber der Politik bei Untätigkeit der großen Parteien von einer Partei- zu einer Demokratie-Krise ausweiten könnten. Bei der Sicherung der Parteiendemokratie durch die solide Grundlage von handlungsfähigen Volksparteien seien deshalb nicht zuletzt die Wähler in der Verantwortung.

links: Podiumsdiskussion mit Manfred Weber, Pascale Joannin, Dr. Florian Hartleb, Eva Ohrablova und Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter.

mitte: Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter ging auf die getrennte Entwicklung von Gesellschaft und Politik ein und erläutert daraus resultierende Aufgaben.

rechts: Manfred Weber forderte konkretere politische Ziele und eine Schärfung der Parteiprofile.

Europäisches Jahr für **aktives Altern** und **Solidarität zwischen den Generationen 2012**

» Es geht um einen Perspektiven-Wechsel! «

Das Thema „demographischer Wandel" hat sich in den letzten Jahren zu einem Dauerbrenner der EU-Politik entwickelt. Im Jahr 2012 soll den Herausforderungen der alternden Gesellschaft unter dem Motto „Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen" besonderes Augenmerk geschenkt werden. Als eine der ersten Veranstaltungen zu diesem besonderen Jahr hat die Bayerische Vertretung bei der EU am 04. Oktober in Zusammenarbeit mit der Diakonie Neuendettelsau zu einem parlamentarischen Abend geladen.

Europa-Abgeordneter Martin Kastler (Mitte) umrahmt von den Diskussionsteilnehmern: „Kick-Off" des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012.

Redner und auch Teilnehmer der späteren Podiumsdiskussion waren u.a. Paul Hansel (Abteilungsleiter im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen), Ralf Jacob (Europäische Kommission, GD EMPL), Martin Kastler (MdEP) und Prof. Dr. h.c. Hermann Schoenauer (Rektor und Vorstandsvorsitzender der Diakonie Neuendettelsau).

Nach einem Grußwort der Leiterin der Bayerischen Vertretung, Dr. Angelika Schlunck, eröffnete Herr Hansel die Veranstaltung mit einer Einführung, in der er auf das „Bild vom Altern" in der Gesellschaft einging und auf dessen zentrale Bedeutung für Zusammenhalt und Solidarität hinwies. Er betonte, es sei wichtig, „die defensive Perspektive zu verlassen", um die in älteren Menschen vorhandenen Kompetenzen nutzen und neue Potentiale erschließen zu können. Martin Kastler (MdEP) bot einen Einblick in konkrete Planung und Umsetzung, Ziele und Ansprüche des „Projektes 2012". Ihm selbst sei es wichtig, das Konzept „mit Leben zu füllen" und „zu zeigen, was dahintersteckt". Der Rektor und Vorstandsvorsitzende der Diakonie Neuendettelsau, Prof. Dr. h.c. Hermann Schoenauer, vermittelte detaillierte Hintergrundinformationen zum demographischen Wandel. Die Herausforderung dabei sieht Schoenauer in der Findung eines Mittelwegs, der durch ein solides Sozialsystem gute Lebensbedingungen für alte Menschen ermöglicht, die junge Generation dabei aber nicht überfordert. Die Problematik ließe sich zusätzlich entschärfen, indem man älteren Menschen die Chance gäbe, länger zu arbeiten – dieser Weg böte zusätzliche Einnahmen auf der einen, und weniger Ausgaben auf der anderen Seite. Voraussetzung dafür sei aber, so Schoenauer, dass die ältere Generation lange gesund und aktiv bleibe und gut in der Gesellschaft integriert sei. Zur Umsetzung dieser Anforderung bot er abschließend konkrete Beispiele aus der Arbeit der Diakonie Neuendettelsau.

„Aktives Altern" heisst „Länger Arbeiten"? - eines der vielen Themen der Podiumsdiskussion

Unter den Gästen: Der Bayerische Ministerpräsident a.D. Günther Beckstein.

Das Motto „Aktiv Altern" sei ein Euphemismus für „Länger Arbeiten", so forderte Moderator Martin Wagner (Bayerischer Rundfunk) die Teilnehmer der abschließenden Podiumsdiskussion heraus. Dem wurde entgegnet, man solle die Herausforderung nicht auf den Arbeitsmarkt reduzieren, sondern das Gesamtkonzept im Blick behalten. Dr. Karolin Hartmann (Deutsch-italienische Handelskammer in Mailand) konnte interessante Einblicke in die Fortschritte in Italien geben und nannte als große Herausforderung das „Wegbrechen von Familienstrukturen", worauf Prof. Dr. Susanne Elsen (Freie Universität Bozen und Mitglieder im Zukunftsrat der Bayerischen Staatsregierung) einen Rückgriff auf alte und neue Formen der Solidarität forderte. Gemäß dem Artikel 153 der Bayerischen Verfassung zur Gründung von Genossenschaften sollten sogenannte „Seniorengenossenschaften" gebildet werden. Anne-Sophie Parent (Generalsekretärin „AGE Platform Europe") legte daraufhin Möglichkeiten dar, wie das Projekt nicht nur im „Mikrokosmos" der Regionen, sondern auch auf EU-Ebene konzipiert und vorangetrieben werden könne. Gefragt nach ihrem Wunschverlauf für 2012, waren sich alle Teilnehmer einig, dass das Jahr ein großer Schritt in die richtige Richtung sein würde. Wünschenswert sei vor allem eine Verankerung im Bewusstsein der Bevölkerung und eine dialogartige Vernetzung der verschiedenen Einzelprojekte, aber auch neue Wirtschaftsformen wie die genannten Wohngenossenschaften oder Zeitkonten, die angemessen auf die neuen Herausforderungen reagieren können.

Weitere Informationen im Netz auf den Seiten der EU-Kommission:

» http://ec.europa.eu/social/

IMPRESSUM

» Herausgeber:
Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union in Brüssel

Rue Wiertz 77
B - 1000 Brüssel

Telefon +32 2 237 4811
Telefax +32 2 237 4943

Email: Blickpunkt-Bruessel.Bayerische-Vertretung@stk.bayern.de
Web: www.bayern.de/europa

» Inhaltlich verantwortlich:
Dr. Philipp Stiel (V. i. S. d. P.)

» Redaktion:
Dr. Philipp Stiel
Felix Kittler

VORSCHAU

- Abschlusspräsentation des EU-Forschungsprojektes „2nd Generation Vegetable Oil Fuels in Advanced Engines“
- Christliches Europa 20 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion
- Neujahrsempfang 2012

LINKS

Zu allen Themen finden sie zusätzliche Informationen und Multimediainhalte wie Fotoreihen, Videos und weiterführende Links unter

» www.bayern.de/europa

Lesen Sie außerdem den zweiwöchig erscheinenden **Europabericht** zu aktuellen europapolitischen Geschehnissen.

Anregungen und Kritik bitte **per Email** an die Redaktion.

Beachten Sie auch die aktuelle Initiative **„Aufbruch Bayern“**.

AufbruchBayern